

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2012



Griechenland entdeckt die Würde des Schuldners

Haben die Retter sich im Retten geirrt? Ja, das haben sie. Die Vorschrift „No bail-out!“ – kein Herauspauken von überschuldeten Mitgliedern der Europäischen Währungsunion – hat ihren Sinn. Zu wissen, dass die Mitglieder der Währungsunion nicht finanziell zu Hilfe eilen werden, wenn ein Land durch undisziplinierte Politik in Not gerät, dies zu wissen und auf keine Ausnahme setzen zu dürfen, gibt den Finanzministern das Rückgrat für eine Politik des soliden Haushaltsausgleichs. Im Fall Griechenland hat man die Regel des No bail-out! nicht nur missachtet, man hat sie in den Wind des stürmischen Rettens gestellt, und man hat geduldet, dass sie vom Winde verweht wurde.

Nun ist den Griechen das Hereinwinken von Rettungsgeld zur Gewohnheit geworden. Dabei scheinen sie sich selbst nicht mehr im Klaren darüber zu sein, wohin sie ihre Staatsfinanzen haben verkommen lassen. Die deutsche Bundeskanzlerin, die selbst kräftig beim Herauspauken dabei war und die die bisherige Erfolglosigkeit der Rettungsbemühungen hat einsehen müssen, hat nun angeregt, weitere Hilfen für Griechenland mit der Entsendung eines „Sparkommissars“ zu verbinden.

Das empfinden die Griechen als Verletzung der Würde ihres Staates, ihrer Regierung, ihrer Finanzpolitik und ihrer Rechtsschaffenheit in allen Belangen der Gemeinschaftlichkeit einer Währungsunion. Sie haben wissen lassen, auch der in Not geratene Schuldner dürfe auf Respekt bestehen.

Nun gilt zwar Hilfe bei einem unvorhersehbaren Katastrophenfall als Begründung zur Ausnahme vom No-bail-out-Gebot. Von der Ausnahme bis zur Ablehnung eines auch beratenden und unterstützenden Sparkommissars führt aber allenfalls ein eher kurvenreicher Weg, den nur die erzürnten Griechen zu suchen scheinen. Sie haben sich wohl wirklich in die Währungsunion verirrt.

Hans D. Barbier

Einzelhandelsumsatz

Ende Januar hat das Statistische Bundesamt die Umsatzzahlen 2011 für den Einzelhandel veröffentlicht. Den Hoffnungen des Einzelhandels zur Kauffreude an Weihnachten zum Trotz haben sich die Erwartungen der Händler nur mäßig erfüllt. Dabei war der Ausblick doch so Erfolg versprechend: Der Handelsverband Deutschland (HDE) hatte für das Weihnachtsgeschäft im November und Dezember ein Wachstum von 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr prognostiziert. Für das gesamte Jahr 2011 hatte der HDE ein Umsatzplus von zwei Prozent erwartet.

Jetzt heißt es aus Wiesbaden: „Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Dezember 2011 nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nominal 0,5 Prozent mehr und real 0,9 Prozent weniger um als im Dezember 2010.“ Insgesamt wurden 2011 im Einzelhandel 0,9 Prozent mehr Waren als im Jahr 2010 verkauft.

<http://goo.gl/gw1qA>

Arbeitslosigkeit global

Weltweit waren 2011 nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) rund 200 Millionen Menschen arbeitslos, knapp 75 Millionen davon junge Erwachsene im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Die Zahl der Menschen ohne Arbeit sei im vergangenen Jahr

unverändert gegenüber dem Vorjahr geblieben. Allerdings waren laut ILO knapp 27 Millionen Menschen mehr arbeitslos als 2007, dem Jahr vor Ausbruch der weltweiten Finanzkrise.

Deutschland steht im ILO-Vergleich gut da: Es gehöre zu den wenigen Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit unter den Vorkrisenstand gefallen sei. Eine schwache Einkommensentwicklung seit der Wiedervereinigung habe die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte erhöht, zugleich aber auch zu einer schwachen Binnennachfrage geführt.

Zu den Arbeitslosen addiert die ILO rund 900 Millionen Menschen – vor allem in den Entwicklungsländern –, die 2011 mit einem täglichen Einkommen von weniger als zwei US-Dollar trotz Arbeit unter der Armutsgrenze lebten. Die künftigen Herausforderungen sind enorm: Den ILO-Berechnungen zufolge müssen in den kommenden zehn Jahren etwa 400 Millionen Neuzugänge in den globalen Arbeitsmarkt integriert werden.

<http://goo.gl/PsQXd>

Energiewende

Anfang Januar wurde im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) intensiv erörtert, wie der Strom von den Windrädern in der Nordsee – den Offshore-Windparks – zu den Kunden im Süden der Bundesrepublik

kommt. Bundesminister Rösler hatte eingeladen und diskutierte mit Vertretern des Bundesumweltministeriums, der Bundesnetzagentur, des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie, der Küstenländer, den Spitzen der Offshore-Branche (Netzbetreiber, Betreiber von Offshore-Windparks und Zulieferindustrie) und Vertretern der Versicherungsbranche die aktuelle Situation bei der Anbindung ans Netz. Schnell waren sich alle einig, und der Minister brachte es auf den Punkt: Die Erschließung der „verfügbaren Offshore-Potenziale“ werde nur gelingen, „wenn eine effiziente und rechtzeitige Anbindung der Offshore-Windparks gewährleistet werden kann“.

Damit die Energiewende zügig in Gang gesetzt werden kann, tagte zudem die vom BMWi initiierte Arbeitsgruppe „Beschleunigung der Netzanbindung von Offshore-Windparks“. Die Arbeitsgruppe wird von der Stiftung Offshore-Windenergie geleitet und hat das Ziel, Hindernisse für eine fristgerechte Netzanbindung von Offshore-Windparks zu beseitigen.

Da das gebündelte Expertenwissen schon vor Ort im Ministerium versammelt war, durfte die oben genannte Teilnehmer-schar erneut ausführlich tagen. Bei diesem ersten Treffen der Offshore-Experten wurden so-gleich organisatorische und inhaltliche Details geklärt, so dass die neue Arbeitsgruppe ihre Arbeit rasch aufnehmen kann.

Dann geht's ja sicher bald los mit der Energiewende.

<http://goo.gl/P6Goc>

Sie kommt, sie kommt nicht, sie kommt ...

Seit Kurzem gilt sie wieder einmal als Wundermittel gegen Finanzkrisen aller Art: die Finanztransaktionssteuer. Deutsche und französische Politiker hatten sich vor rund zehn Jahren schon einmal positiv zur Einführung dieser Steuer geäußert. Demnächst will zumindest Frankreich aus den Plänen Realität werden lassen. Auch Bundeskanzlerin Merkel ist nicht abgeneigt.

In Deutschland befürworten fast alle politischen Parteien – mit Ausnahme der FDP – die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTSt). Basis für die aktuelle Debatte ist der Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Rates. Die Kommission hat die Richtlinie im September 2011 zur Diskussion an die EU-Mitglieder geleitet.

EU-Richtlinie als Diskussionsgrundlage

Im Richtlinienvorschlag werden drei Ziele genannt: Der Finanzsektor soll an den Krisenkosten „angemessen beteiligt“ werden, weil die öffentlichen Haushalte durch die Bankenrettung stark belastet wurden. Des Weiteren sollen „nicht förderliche Transaktionen“ – gemeint ist Spekulation – unterbunden und dadurch die Märkte stabilisiert werden. Schließlich sollen unkoordinierte Steuermaßnahmen unterbleiben, ein einheitlicher europäischer Ansatz ist geplant.

Die EU-Kommission schlägt vor, eine Steuer von 0,1 Prozent auf alle Aktien- und Anleihetransaktionen in den 27 EU-Mitgliedstaaten einzuführen. Auf den Handel mit Derivaten – Termingeschäfte, deren Preis oder Wert von künftigen Kursen oder Preisen anderer Güter, Wertpapiere, Zinsen, Indices etc. abhängt – soll eine Steuer von 0,01 Prozent erhoben werden.

Privatpersonen, die einen Kredit oder eine Hypothek aufnehmen, sollen von der FTSt ausgenommen werden. Das soll auch für Emissionen von Anleihen und Währungen der Fall sein, um Unternehmen und Regierungen die Kapitalbeschaffung nicht zu erschweren.

Die Abgabe soll ab 2014 in Kraft treten. Allerdings widersprechen Großbritannien und Schweden der geplanten Steuer, weshalb Frankreich nun zunächst den Alleingang probieren will.

Tobin-Steuer in neuem Gewand

Ursprünglich hatte der amerikanische Ökonom James Tobin in den 1970er Jahren vorgeschlagen, kurzfristige grenzüberschreitende Devisengeschäfte mit einer Steuer zu belasten, um instabilen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die nach dem Ökonomen benannte Tobin-Steuer sollte „Sand ins Getriebe der Spekulation“ streuen. Tobin erhoffte sich davon eine gewisse Wechselkurs-Stabilität, nachdem das System fester Wechselkurse 1973 zusammengebrochen war und weitgehend durch flexible Wechselkurse ersetzt wurde. Er plädierte damals für eine Abgabe von einem Prozent.

Rund vierzig Jahre später sollen nicht mehr nur der internationale Devisenhandel, sondern beinahe alle Finanzgeschäfte besteuert werden.

Die FTSt funktioniert dann im Prinzip wie eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte von Banken, Versicherungen, Fonds und sonstigen Finanzinstitutionen. Wie bei „normalen“ Produkten und Dienstleistungen – vom Einkauf im Supermarkt über Bus- und Bahnfahrten bis hin zum Diskothekenbesuch – soll der Staat künftig auch den Verkauf von Finanzprodukten mit einer Steuer belegen.

Koordinierte Steuermaßnahmen?

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die FTSt national oder international eingeführt werden soll. Eine nationale Steuer würde bewirken, dass einzelne Staaten vom Großteil des Steueraufkommens profitieren. So hat beispielsweise die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) festgestellt, dass Devisentransaktionen vor allem an sechs Orten stattfinden: In Europa wird in London und Zürich mit Währungen gehandelt, New York sowie Tokio, Singapur und Hongkong sind die übrigen Handelsorte. An diesen sechs führenden Finanzplätzen fanden der BIZ zufolge 2007 rund drei Viertel aller Transaktionen statt. Eine nationale FTSt würde also den Staaten, in denen die jeweiligen Finanzplätze ansässig sind, den Großteil der Steuern einbringen.



„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wird, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Jean-Claude Juncker, Ministerpräsident von Luxemburg und Vorsitzender der Euro-Gruppe

Das aber nur vorübergehend: In der Folge droht dann die Abwanderung der besteuerten Finanzhändler an steuerfreie Handelsplätze. Einige Länder haben in der Vergangenheit den Alleingang mit Steuern auf Finanzgeschäfte gewagt, beispielsweise Schweden in den Jahren 1984 bis 1991. Das führte zu einem drastischen Rückgang aller Börsengeschäfte sowie zur Kapitalflucht. Aufgrund der schwedischen Erfahrungen scheint fraglich, ob das politisch Gewünschte Wirklichkeit wird. Experten raten jedenfalls davon ab, eine solche Steuer im Alleingang einzuführen.

Bei einer länderübergreifenden oder sogar europa- oder weltweit eingeführten FTSt müssten sich die beteiligten Staaten über die Verteilung des Steueraufkommens einigen. Die EU-Kommission hat da eigene Vorstellungen: Sie will das eingesammelte Steuer-geld für ihren Haushalt vereinnahmen – der nächste Versuch, der EU die eigene Steuerhoheit zu verschaffen? Alternativ könnte das Steueraufkommen dann nach einem zu vereinbarenden Schlüssel aufgeteilt werden. Damit ist völlig offen, auf welche Weise die Steuer in der Praxis effektiv erhoben oder im nicht-europäischen Ausland vollstreckt werden kann. Das oft angeführte Prinzip der Besteuerung nach Ansässigkeit des Anlegers hat Lücken, weil es letztlich auf Informationen über tatsächliche Finanzgeschäfte in aller Welt ankommt. Dazu fehlen aber geeignete Instrumente und Institutionen. Wer sammelt all die unzähligen Daten über die Finanztransaktionen? Wer erhält

die Finanzhoheit über das eingesammelte Geld? Dafür wären internationale Abkommen unabdingbar. Erfahrungen – zum Beispiel mit internationalen Steuerabkommen – belegen, dass sich solche Einigungen jahrelang hinziehen. Die Besteuerung von Transaktionen außerhalb der EU dürfte daher Wunschdenken bleiben – vom Überwachungs- und Kontrollaufwand ganz zu schweigen.

Finanzmarktakteure am Staatshaushalt beteiligen

Banken und andere Finanzinstitutionen würden mit der Steuer an den Kosten der Krise beteiligt, so die Vorstellung. José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, verweist beispielsweise darauf, dass die EU-Staaten seit Beginn der Finanzkrise 4,6 Billionen Euro vor allem als Garantien für den Finanzsektor zur Verfügung gestellt hätten. „Es ist an der Zeit, dass der Finanzsektor einen Beitrag leistet.“ Den Schätzungen der EU-Richtlinie zufolge würde eine europaweit eingeführte FTSt immerhin 57 Milliarden Euro pro Jahr erbringen.

Doch es gibt Warnungen: Den vorhergesagten Steuereinnahmen fehlt eine verlässliche Basis. Den Berechnungen bisheriger Vorschläge liegt das Volumen der in der Vergangenheit getätigten Finanztransaktionen zugrunde. Vor allem professionelle Investoren könnten die Steuer aber umgehen, indem sie ihre Handelsplätze verlagern. Daher greift die FTSt nur dann, wenn sie weltweit eingeführt würde.

Doch auch dann ist nicht alles bestens: Die entstehenden Steuerbelastungen für die Fi-

nanzinstitutionen lassen sich über entsprechend geänderte Gebühren an die Anleger weitergeben. Höhere Zinsen für Kreditnehmer sowie niedrigere Renditen für Sparer und Anleger wären die Folge.

Spekulation eindämmen, Krisen verhindern

Das dritte Ziel: Mit der Steuer soll zudem die Spekulation eingedämmt werden. Das soll besonders den Handel mit komplexen und schwer durchschaubaren Finanzprodukten bremsen, die die Finanzwelt 2008 ins Trudeln geraten ließen.

Die FTSt, so die Hoffnung, würde besonders solche Finanzgeschäfte treffen, deren Gewinnmargen bei sehr kurzfristiger und spekulativer Anlage zwar gering, durch häufige Käufe und Verkäufe aber lohnend sind. Dank einer FTSt könnte die Häufigkeit der An- und Verkäufe reduziert werden, die auf Basis elektronischer, mathematisch abgeleiteter Hochgeschwindigkeitssysteme getätigt werden. Die Renditen würden dann wegen der Steuer zu gering und der Handel damit unattraktiv.

Doch waren schnelle Transaktionen und deren Häufigkeit überhaupt der unmittelbare Grund für die Finanzmarktkrise? Gefahren und Risiken des sogenannten Hochfrequenzhandels liegen in der Qualität, Stabilität und Zuverlässigkeit der zugrunde liegenden Berechnungen und Computersysteme. Langsamer agierende Finanzmärkte sind nicht weniger anfällig für Kurssprünge und -stürze, wenn fehlerbehaftete Systeme ursächlich für Verwerfungen sind.

Die Finanztransaktionssteuer stabilisiert die Märkte also nicht zwangsläufig, möglicherweise wirkt sie sogar destabilisierend: Die Marktteilnehmer könnten ihre Transaktionen wegen zu geringer Gewinnmarge zunächst zurückhalten, dann aber umso massiver und mit größeren Beträgen aktiv werden. Extreme Kursschwankungen – und damit die Krisengefahr – würden dann sogar erhöht. Summa summarum: Dass die Einführung der FTSt Spekulationen nachhaltig erschwert oder verhindert, wird von Experten eher verneint.

Theorie gut, Praxis zweifelhaft

Das grundsätzliche Problem, nämlich wie unterscheidet man „gute“ von „bösen“, sinnvolle von sinnlosen Finanzgeschäften, lässt sich mit dem in der EU-Richtlinie vorgeschlagenen nicht lösen. Unzählige Finanztransaktionen dienen beispielsweise der Kurssicherung: Kreditgeber sichern damit Zinsrisiken, exportabhängige Unternehmen Wechselkursrisiken ab. Preissicherungsgeschäfte sollen Rohstoffpreise für kommende Zeiträume berechenbarer machen, langfristige Sparpläne die Vorsorge sichern. Durch eine Steuer würden solche Absicherungen künftig teurer.

Bisher existiert kein überzeugendes Beispiel für eine erfolgreiche FTSt. Aus aktueller Sicht überwiegen der volkswirtschaftliche Schaden und die ordnungspolitischen Unzulänglichkeiten eindeutig den zu erwartenden Nutzen einer Finanztransaktionssteuer.

Andreas Schirmer



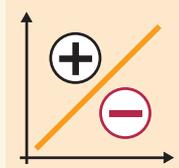
„Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und zu sagen: Nein!“

Kurt Tucholsky

IM KLARTEXT

Februar 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung +

Die Zahl arbeitsloser Menschen in Deutschland ist im Januar 2012 wieder über die Marke von drei Millionen gestiegen. Die Zunahme fiel aber geringer aus als für den Januar üblich. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren offiziell knapp 3,1 Millionen Erwerbslose registriert. Das waren zwar 302 000 Arbeitslose mehr als im Dezember, aber immerhin 264 000 weniger als vor einem Jahr.

Auch die Unterbeschäftigung hat von Dezember 2011 auf Januar 2012 zugenommen,

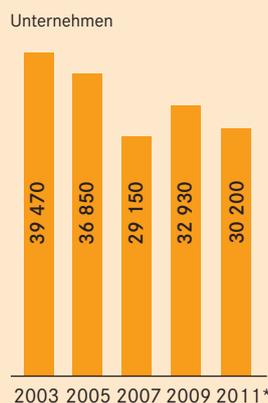
ist im Vorjahresvergleich aber ebenfalls rückläufig. Im Januar wurden von der BA 4,1 Millionen Menschen als unterbeschäftigt gezählt. Das sind 489 000 weniger als vor einem Jahr. Zur Unterbeschäftigung zählen auch Personen, die beispielsweise an einer BA-Fortbildung teilnehmen oder erkrankt sind. Die Unterbeschäftigung vermittelt besser als die offizielle Zahl, wie viele Menschen ohne Arbeit sind.

Eigenverantwortung +

Die vergleichsweise günstige Konjunkturlage des Jahres 2011 hat sich positiv auf die Zahl der insolventen Unternehmen ausgewirkt. Mit 30 200 unternehmerischen Insolvenzverfahren wurde der Vorjahreswert (32 060 Fälle) um knapp sechs Prozent unterschritten.

Die angemeldeten Forderungen von privaten und gewerblichen Gläubigern erreichen für 2011 rund 16,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 22,9 Milliarden Euro). Der Insolvenzschaden für die öffentliche Hand – zum Beispiel durch Verfahrenskosten, das Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit und Ähnliches – wird

Insolvenzen



* Schätzung
Quelle: Creditreform

für 2011 schätzungsweise 6,6 Milliarden Euro betragen. Im Vorjahr wurde noch eine Schadenssumme von 9,2 Milliarden Euro ermittelt. Erfahrungsgemäß werden viele Gläubiger den Großteil ihrer Forderungen abschreiben müssen.

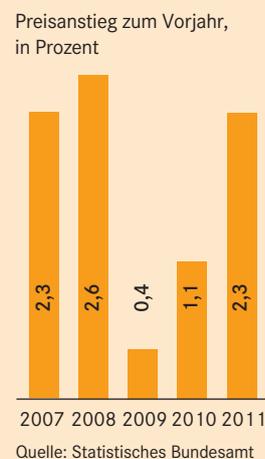
Geldwertstabilität ⊖

Das Statistische Bundesamt hat für 2011 eine Teuerung von 2,3 Prozent gegenüber 2010 errechnet. Die Jahres-Teuerung lag damit deutlich höher als in den beiden Vorjahren: 2010 wurden 1,1 Prozent ermittelt,

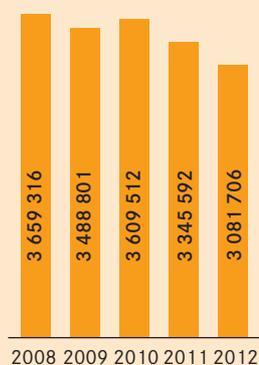
2009 wurde die Teuerung mit 0,4 Prozent festgestellt. Eine höhere Inflation als im Jahresdurchschnitt 2011 gab es mit 2,6 Prozent zuletzt 2008. Die Europäische Zentralbank sieht die Preisstabilität bis zu einer Inflationsrate „nahe, aber unter zwei Prozent“ gewahrt.

Seit Jahren zeigen die Statistiken, dass vor allem die Energiepreise überproportional steigen. Mitverursacher für die Preisanstiege bei Strom, Kraftstoff und Heizenergie ist auch die Politik, Stichwort Energie- wende.

Jahres-Teuerung



Arbeitslose



jeweils Januar
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa (innen); picture-alliance/akg-images

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard